

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. September 1959

30/J

A n f r a g e

der Abgeordneten H i l l e g e i s t, H o f f m a n n, H o l o u b e k
und Genossen

an den Bundesminister für soziale Verwaltung,
betreffend Schaffung eines Bundesgesetzes über die Einstellung älterer
Dienstnehmer.

-.-.-.-.-

Seit Jahren weisen Vertreter der Gewerkschaften und sozialistische Abgeordnete auf das Problem der Arbeitslosigkeit unter den älteren Dienstnehmern hin. Obwohl allgemein bekannt ist, dass ältere Dienstnehmer infolge ihrer langen Berufserfahrung wertvolle Kräfte für jedes Unternehmen sind, werden von den Dienstgebern immer wieder Arbeitnehmer allein wegen ihres Alters gekündigt und bei Neuaufnahmen jüngere Arbeitnehmer bevorzugt. Alle Appelle an die Dienstgeber blieben bisher vergeblich. Der Anfrager selbst hat mehrere Male im Hohen Hause darauf hingewiesen, dass gesetzliche Massnahmen gefunden werden müssen, wenn Appelle an die Vernunft und an die soziale Verantwortung wirkungslos bleiben.

Einer Rede eines bekannten Vertreters der Industrie kann entnommen werden, dass die Arbeitgeber ihre Widerstände gegen eine solche Regelung aufgegeben haben.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung die nachstehende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, dem Hohen Haus gesetzliche Massnahmen vorzuschlagen, wodurch die Einstellung älterer Arbeitnehmer den Dienstgebern als Verpflichtung auferlegt wird und gleichzeitig für einen erhöhten Schutz des Arbeitsplatzes älterer Arbeitnehmer gesorgt wird?

-.-.-.-.-